

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	IX
§ 1 Gang der Untersuchung	1
Teil 1 Einführung und Herleitung	
§ 2 Interviews – Zulässige Sachverhaltsaufklärung durch Private?	11
A. Zurechnung interner Untersuchungen zu US-Behörden	11
I. Handlungen der Rechtsanwälte	12
1. Zurechnung zum Unternehmen wegen des Mandatsverhältnisses	12
2. Zurechnung zu US-amerikanischen Behörden	13
3. Unternehmen als Geschäftsherr mit Letztentscheidungskompetenz	14
4. Zwischenergebnis	14
II. Zurechnung der Handlungen des Unternehmens zu US-amerikanischen Behörden?	14
1. Deutsche Zurechnungsgrundsätze	15
a) Fehlender rechtlicher Zwang	15
b) Faktischer Kooperationszwang	15
c) Gezielte Instrumentalisierung	17
2. Völkerrechtliche Zurechnungsgrundsätze	18
a) ILC-Entwurf	19
b) Unternehmen als de-facto-Organe, Art. 5 ILC-Entwurf	19
c) Faktische Steuerung und Kontrolle der Unternehmen, Art. 8 ILC-Entwurf	20
d) Zwischenergebnis	22
3. Zwischenergebnis	22
B. Zurechnung zu deutschen Strafverfolgungsbehörden?	23

C. Zulässigkeit von Interviews	25
I. Wahrnehmung der Unternehmensinteressen	
bei staatlichen Ermittlungen	26
1. Zulässigkeit von Sachverhaltsermittlungen	
des Beschuldigten	26
2. Zulässigkeit von Sachverhaltsermittlungen	
des Geschädigten	27
a) Erfordernis einer Rechtsgrundlage	27
b) Vereinbarkeit mit dem Legalitätsprinzip,	
Offizialprinzip und dem Grundsatz der Wahrheit	
und Vollständigkeit der Akten	28
c) Vereinbarkeit mit dem Gewaltmonopol	29
aa) Datenerhebungen bei staatlichen Ermittlungen	
als vom Gewaltmonopol umfasstes Verhalten	29
bb) Unzulässigkeit wegen Eignung zur	
Rechtsbeeinträchtigung?	30
cc) Fehlende Zwangsbefugnisse	31
dd) Interne Untersuchungen „ <i>anstelle</i> “ der	
Ermittlungsorgane?	31
ee) Qualitativ staatliche Tätigkeit?	32
ff) Reichweite des Gewaltmonopols staatlich	
festgelegt	33
gg) Ungleichbehandlung von Klein- und	
Großunternehmen	34
hh) Schwierige Grenzziehung zwischen	
organisierter und nicht organisierter Tätigkeit	34
ii) Zwischenergebnis	35
d) Vereinbarkeit mit dem strafprozessualen Schutz	
der Beweismittel	35
aa) „ <i>Verschmutzung</i> “ von Beweisquellen?	35
bb) Recht der Strafverfolgungsorgane, Zeugen	
zuerst zu vernehmen?	36
cc) Einflussnahme auf Zeugenaussagen zulässig?	37
dd) Zwischenergebnis	38
e) Zwischenergebnis	38
3. Zwischenergebnis	39
II. Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche	39
III. Erfüllung gesetzlicher Pflichten	39
1. Gesellschaftsrechtliche Aufsichts-, Organisations- und	
Berichtspflichten	40

2. Straf- und ordnungswidrigkeitenrechtliche Vorschriften	41
3. Zwischenergebnis	43
IV. Zwischenergebnis	43

§ 3 Durchführung von Interviews durch externe Rechtsanwälte	45
A. Gründe für die Beauftragung externer Anwaltskanzleien	45
I. Praktikabilität	45
II. Vertraulichkeitsschutz für die Untersuchungsergebnisse	46
1. Hintergrund der Diskussion	47
a) § 97 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 StPO gelten nur im Verhältnis zwischen Beschuldigtem und Rechtsanwalt	47
b) Anwendungsbereich von § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO nicht abschließend geklärt	48
c) Gegensätzliche landgerichtliche Entscheidungen	48
2. LG Hamburg: Kein Beschlagnahmeschutz	49
3. LG Mannheim: Beschlagnahmeschutz wegen § 160a StPO	49
4. Relevanz der Entscheidung des LG Hamburg seit dem 1. Februar 2011	50
a) Verhältnis zwischen § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO und § 160a StPO	50
aa) Vorrang innerhalb des Regelungsbereichs	50
bb) Vorrang innerhalb des Anwendungsbereichs	51
cc) Systematische Erwägungen und Entstehungsgeschichte	51
dd) Zwischenergebnis	52
b) Berücksichtigung von § 160a StPO bei der Auslegung des § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO	52
c) Zwischenergebnis	53
5. Anwendbarkeit des § 97 Abs. 1 Nr. 3 StPO auf Mandatsbeziehungen	53
a) Wortlaut	54
b) Schutz vor Umgehung des Zeugnisverweigerungsrechts	54
c) Teleologische Auslegung	55
d) Hemmender Effekt auf interne Untersuchungen	56
e) Zwischenergebnis	56

6. Einschränkung des Beschlagnaheschutzes bei evident missbräuchlicher Beweismittel-Verlagerung?	57
a) LG Mannheim: Einschränkung des Beschlagnaheschutzes	57
aa) Bedürfnis für eine einschränkende Auslegung	57
bb) Evident missbräuchliche Beweismittel-Verlagerung	57
cc) Relevanz für interne Untersuchungen und Interviews	58
b) Kritik an einer einschränkenden Auslegung	58
aa) Gesetzliche Einschränkungen ausreichend	58
bb) Abhilfe durch Beweiswürdigung und hinreichende staatliche Ermittlungen möglich	59
cc) Wahrheitsermittlung erfordert keine Einschränkung	59
dd) Schwierigkeiten bei der praktischen Anwendung	60
ee) Antworten aus Interviews sind mandatsbezogen ..	60
c) Zwischenergebnis	60
7. Zwischenergebnis	61
8. Vertraulichkeitsschutz für Verteidigungsunterlagen	61
a) Anwendbarkeit des § 148 StPO auf Unternehmen	62
b) Verteidigungszweck	63
c) Schutzbeginn nicht abschließend geklärt	64
d) Zwischenergebnis	66
9. Zwischenergebnis	67
III. Unabhängigkeit	67
B. Rechtsgrundlagen von anwaltlich geführten Interviews	68
I. Abtretung, §§ 398 ff. BGB	69
1. Arbeitsrechtliche Auskunftsansprüche	69
2. Direktionsrecht	70
II. Stellvertretung, §§ 164 ff. BGB	71
1. Vollmacht zur Ausübung des Direktionsrechts	71
2. Vollmacht zur Geltendmachung der Auskunftsansprüche ...	72
3. Offenheitsprinzip	72
4. Auswirkungen auf die Unabhängigkeit der Untersuchung?	72
III. Ermächtigung	73
1. Ermächtigung zur Ausübung des Direktionsrechts, § 185 BGB analog	73

2. Ermächtigung zur Geltendmachung der Auskunftsansprüche	74
IV. Zwischenergebnis	75
§ 4 Arbeitsrechtliche Grundlagen von Interviews	77
A. Anzeigepflichten	79
I. Hauptleistungspflicht	79
II. Nebenpflichten	79
1. Rechtsgrundlagen	79
2. Anzeigepflicht gemäß § 666 Var. 1 BGB	80
a) Inhalt und Umfang	80
b) Grenzen	80
3. Anzeigepflicht aus der Schadensbewahrungspflicht	80
a) Inhalt und Umfang der Pflicht	80
b) Grenzen	81
B. Auskunftspflichten	82
I. Hauptleistungspflicht	83
II. Nebenpflicht	83
1. Auskünfte über den unmittelbaren Arbeitsbereich	83
a) Rechtsgrundlagen	83
b) Umfang	84
2. Auskünfte über den mittelbaren Arbeitsbereich	85
a) Rechtsgrundlagen	85
b) Umfang	86
aa) Allgemeiner zivilrechtlicher Auskunftsanspruch ...	86
bb) Auskunftsanspruch aus der Schadensbewahrungspflicht	87
C. Grenzen arbeitsrechtlicher Auskunftsansprüche: Pflicht zur Selbstbelastung?	87
I. Selbstbelastende Angaben über den unmittelbaren Arbeitsbereich	88
II. Selbstbelastende Angaben über den mittelbaren Arbeitsbereich	89
1. Erforderlichkeit	90
a) Geeignetheit	90
b) Mildere Mittel	92
2. Angemessenheit	93
a) Besonderheiten bei Korruptionssachverhalten	93

aa) Behebung betrieblicher Missstände	93
bb) Erhaltung des Vermögensbestands	94
cc) Vorsätzliche Schädigung	94
b) Mitverschulden des Unternehmens	94
3. Zwischenergebnis	95
III. Zwischenergebnis	95

§ 5 Vereinbarkeit von Interviews mit dem nemo tenetur-Prinzip	97
A. Das nemo tenetur-Prinzip	97
I. Rechtsgrundlage	98
II. Schutzbereich und Schranken	103
1. Schutzbereichsbestimmung nach der Sphärentheorie	104
2. Schutzbereichsbestimmung nach dem Zweck der Informationserhebung	106
III. Zwischenergebnis	108
B. Anwendbarkeit im Verhältnis Mitarbeiter – Unternehmen	109
C. Vereinbarkeit selbstbelastender Auskünfte über den unmittelbaren Arbeitsbereich mit dem nemo tenetur-Prinzip	110
I. Auskunftsverweigerungsrecht?	111
1. Umgehung der strafprozessualen Schweigerechte?	111
2. Gleichlauf der Auskunftspflicht mit der Aussagepflicht im Zivilverfahren?	112
3. Anwendung der StPO?	113
4. Zielrichtung der internen Untersuchung	115
5. Zwischenergebnis	115
II. Interessenabwägung	116
1. Absolutes Vorrangverhältnis	117
a) Kein Schutz bei hinzukommendem zivilrechtlichen Unrecht	117
b) Unterschiedliche Strukturen im Zivilrechtsverhältnis	118
c) Zwischenstand	119
2. Einzelfallbezogene Interessenabwägung	119
a) Kriterien des BGH und des BVerfG	120
b) Anwendbarkeit der Kriterien im Arbeitsverhältnis	123
aa) Entscheidung des OLG Karlsruhe	123
bb) Entscheidung des LAG Rheinland-Pfalz	124

cc) Entscheidung des BAG	125
dd) Zwischenergebnis und Entscheidung des LAG Hamm	126
c) Interne Untersuchungen mit US-Bezug	127
d) Zusammenfassung der maßgeblichen Erwägungen	128
3. Zwischenergebnis	128
D. Vereinbarkeit selbstbelastender Auskünfte über den mittelbaren Arbeitsbereich mit dem nemo tenetur-Prinzip	128
E. Zwischenergebnis	129
§ 6 Vereinbarkeit von Interviews mit anderen Grundsätzen	131
A. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	131
B. Umgehung der Beweislastregelungen	133
I. Regelungen der Darlegungs- und Beweislast als Grund für Auskunftsansprüche	134
II. „Stasi-Fragebogen-Entscheidung“ des BAG	136
1. Konsequenzen für Auskünfte über den unmittelbaren Arbeitsbereich	137
2. Konsequenzen für Auskunftspflichten im mittelbaren Arbeitsbereich	138
3. Zwischenergebnis	139
III. Sinn und Zweck der Regelungen über die Verteilung der Beweislast	139
IV. Standortnachteil für deutsche Unternehmen	139
V. Kein Zusammenhang zwischen Beweislastregelungen und Mitwirkungspflicht	140
VI. Zwischenergebnis und Konsequenzen	140
C. Schweigerecht im Anhörungsverfahren	141
I. Mitwirkungsobliegenheit im Anhörungsverfahren	141
II. Gründe für das Schweigerecht im Anhörungsverfahren	142
III. Auswirkungen einer Selbstbelastungspflicht auf die Verdachtskündigung	143
IV. Zwischenergebnis	143
D. Vergleich mit dem Disziplinarverfahren	143
E. Kündigungsrecht unverhältnismäßig	145

F.	Weiterleitung der Angaben an US-amerikanische Behörden	146
I.	Auskunftsverweigerungsrecht (immer) notwendig	146
II.	Auskunftsverweigerungsrecht nicht notwendig	147
III.	Auskunftsverweigerungsrecht im Einzelfall	147
1.	Mitarbeiter soll nicht Prognoserisiko tragen	148
2.	Zwingende Weitergabe an US-Behörden	148
IV.	Zwischenergebnis	149
G.	Zwischenergebnis	149
§ 7	Auskunftsverweigerungsrecht de lege ferenda?	151
A.	Berücksichtigung der Auftragsituation	151
B.	Auskunftspflicht durch eigenen Willensentschluss übernommen	153
C.	Interessenabwägung sachgerecht	153
D.	Widersprüchlichkeit eines Auskunftsverweigerungsrechts	154
E.	Zwischenergebnis	155
 Teil 2 Mitarbeiterbefragungen und Strafrecht		
§ 8	Verwertbarkeit selbstbelastender Auskünfte im Strafverfahren	159
A.	Verstoß gegen die Menschenwürde	159
B.	Selbständige Verletzung der Rechtsordnung	160
I.	§ 136 Abs. 1 Satz 2 StPO	160
II.	§ 136 Abs. 1 StPO analog	161
III.	§ 136a Abs. 1, 3 Satz 2 StPO	161
C.	Verstoß gegen nemo tenetur – „ <i>Gemeinschuldnergrundsätze</i> “	162
I.	Überblick	162
II.	Der Gemeinschuldnerbeschluss	163
1.	Sachverhalt	164
2.	Rechtliche Rahmenbedingungen	164
3.	Entscheidung des BVerfG	164
4.	Gesetzliches Beweisverwendungsverbot	165
III.	Vorliegen der Gemeinschuldnerkriterien bei internen Untersuchungen?	165

1. Uneingeschränkte Auskunftspflicht	166
2. Erzwingbare Pflicht	166
a) Voraussetzungen	166
aa) Bedeutung des Zwangs für das Verwertungsverbot	167
bb) Qualität des Zwangs	167
cc) Abgrenzung zur Obliegenheit	168
b) Erzwingbarkeit der arbeitsrechtlichen Auskunftspflicht	171
aa) Wortlaut	173
bb) Eingriff in das Persönlichkeitsrecht	173
cc) Kooperationsleistung nicht möglich	174
dd) Verbot des Arbeitszwangs und der Zwangsarbeit ...	175
ee) Vollstreckbarkeit der auftragsrechtlichen Auskunftspflicht	175
ff) Zwischenergebnis	175
c) Zwischenstand	175
d) Maßgeblicher Zeitpunkt	176
3. Drittinteresse	176
a) Voraussetzungen	177
b) Arbeitsrechtliche Auskunftspflicht	178
4. Staatlich veranlasste Zwangslage	179
a) Freiwillige Übernahme	180
b) § 666 BGB als gesetzliche Auskunftspflicht?	180
aa) Adressat der Selbstbelastung	181
bb) Natur des Rechtsverhältnisses bzw. der Rechtsvorschrift	181
cc) Staatliche Veranlassung bei privatrechtlicher Vorschrift	182
dd) Zwischenergebnis	184
c) §§ 611, 241 Abs. 2 BGB und § 242 BGB als gesetzliche Auskunftspflichten?	184
d) Gerichtlich begründete Auskunftspflicht?	184
e) Staatliche Bereitstellung einer Rechtsordnung bzw. Vollstreckungsmöglichkeit?	185
aa) Sog. „ <i>etatistische Konvergenztheorie</i> “	185
bb) Unvereinbarkeit mit freiheitlicher Rechtsordnung	186
cc) Vereinbarkeit mit dem Eingriffsbegriff des Verfassungsrechts	186

dd) Staatliche Verantwortung bei staatlicher Schutzpflicht möglich	187
ee) Rechtsgeschäftliche Bindung als Grundrechtsausübung	188
ff) Staat als Gewährleister der Privatautonomie	188
gg) Zwischenergebnis	189
f) Zwischenergebnis	189
5. Substitution der staatlichen Veranlassung durch wirtschaftlichen Zwang?	189
a) Anforderungen an eine Existenzgefährdung	191
b) Nemo tenetur schützt nicht vor sonstigen Rechtsnachteilen	192
c) Mittelbarer Aussagezwang ausreichend?	193
aa) Extensive Auslegung	193
bb) Restriktive Auslegung	194
d) § 65 Abs. 3 SGB I als Wertmaßstab?	195
e) Zwischenergebnis	196
6. Direktheit des staatlichen Zwangs	197
7. Zwischenergebnis	197
D. Verstoß gegen nemo tenetur trotz rechtsgeschäftlicher Auskunftspflicht?	198
I. Anhaltspunkte im Gemeinschuldnerbeschluss?	199
II. Nemo tenetur-Prinzip gilt nur im Verhältnis Bürger-Staat	201
III. Schutz vor einem Informationstransfer	202
IV. Willensbeugender Zwang	202
V. Vergleich mit der Rechtslage im Zwangsvollstreckungsverfahren	202
VI. Zwischenergebnis	205
E. Zwischenergebnis	205

§ 9 Verwertungsverbot aus der Schutzdimension des nemo tenetur-Prinzips	207
A. Verwertungsverbote bei staatlicher Schutzpflicht möglich	207
B. Schutzfunktion als grundrechtliche Schutzdimension	208
C. Schutzpflicht des nemo tenetur-Prinzips bei Mitarbeiterbefragungen	209
I. Schutzdimension des nemo tenetur-Prinzips	209

II. Kreis der Geschützten	210
III. Gefahrenquelle	211
1. Eingriffsrelevante Handlung	211
2. Eingriff bei vertraglicher Selbstbindung?	212
3. Eingriff bei gestörter Vertragsparität	213
4. Gestörte Vertragsparität im Arbeitsverhältnis	214
5. Rechtswidriger Eingriff	214
IV. Schutzgrund: Gefahrenschwelle	216
1. Gefahrenschwelle bei rechtsgeschäftlichen Bindungen: Kräfteungleichgewicht	217
2. Rechtsfolge: Aktivierung einer Schutzpflicht	218
V. Zwischenergebnis	218
D. Bestehen eines Schutzdefizits	218
I. Schutzpflicht schon verwirklicht?	218
II. Anforderungen von nemo tenetur an einen effektiven Grundrechtsschutz	219
E. Rechtsfolge: Verwirklichung der Schutzpflicht	220
I. Staatliches Ermessen bei Realisierung des Schutzauftrags	220
II. Umfang der Schutzpflicht	220
1. Mindestniveau, Untermaßverbot	221
2. Obergrenze, Übermaßverbot	222
III. Zwischenergebnis	223
F. Adressaten der Schutzpflicht	223
G. Zwischenergebnis und Vorschlag	224

Teil 3 Mitarbeiterbefragungen und Arbeits- und Datenschutzrecht

§ 10 Arbeitsrechtliche Aspekte	227
A. Verwendung standardisierter Fragebögen (§ 94 Abs. 1 BetrVG)	227
I. Erhebungsform nicht maßgeblich	228
II. Kein Mitbestimmungsrecht bei anonymer Befragung	229
III. Standardisierte Erhebung	230
IV. Personenbezogene Angaben	230
1. Fragen zu persönlichen Verhältnissen	231
2. Fragen nach eigenen Straftaten	231

3. Fragen nach einzelnen Geschäftsvorgängen	233
4. Fragen nach Straftaten von Kollegen	234
V. Umfang des Mitbestimmungsrechts	234
VI. Zwischenergebnis	235
B. Durchführung von Befragungen (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	235
I. Durchführung der Befragung	236
1. Kollektiver Tatbestand	236
a) Befragungen konkret verdächtiger Mitarbeiter	237
b) Befragungen nicht konkret verdächtiger Mitarbeiter	238
2. Regelung der betrieblichen Ordnung oder des betrieblichen Verhaltens	238
a) Fernziele	239
aa) Prävention	239
bb) Organisatorische Compliance-Maßnahmen	239
cc) Wahrung des Betriebsfriedens	240
b) Teilnahme an der Befragung	240
aa) Ausschließlich Verhältnis Mitarbeiter – Unternehmen betroffen?	242
bb) Eigener Regelungsgegenstand	242
cc) Mitbestimmungsrecht bei Mischtatbeständen	243
dd) Zwischenergebnis	243
3. Zwischenergebnis	244
II. Inhalt der Befragung	244
1. Fragen nach eigenen Straftaten	245
2. Fragen zu Pflichtverletzungen anderer Mitarbeiter	246
3. Zwischenergebnis	246
III. Zwischenergebnis	247
C. Bearbeitung von Mitarbeiterdaten mit elektronischer Datenverarbeitung (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG)	247
D. Information des Betriebsrats über kollektive Befragungen (§ 80 Abs. 2 BetrVG)	248
E. Einsichtsrecht in Interviewprotokolle und Ermittlungsberichte	250
I. Personalakten	250
1. Protokolle und Ermittlungsberichte	250
2. Notizen	252
3. Prozessakten	252
II. Ausschluss des Einsichtsrechts zur Sicherung des „attorney client privilege“?	254

III. Uneingeschränktes Einsichtsrecht?	255
1. Meinungsstand	255
2. Stellungnahme	255
a) Einschränkung zur Aufgabenerfüllung geboten?	255
b) Einschränkung auch aufgrund sonstiger Interessen möglich	256
c) Interesse an der Aufklärung von Straftaten vorrangig ...	256
3. Zwischenergebnis	257
IV. Zwischenstand	257
F. Recht auf Hinzuziehung eines Betriebsratsmitglieds	258
I. Hinzuziehungsrecht gemäß § 82 Abs. 2 Satz 2 i.V.m. Satz 1 Hs. 2 BetrVG	259
1. Erörterung der Leistungsbeurteilung	259
2. Erörterung der beruflichen Entwicklung	260
a) Erörterung von Sanktionen	261
b) Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach dem Gespräch	261
c) Kein Hinzuziehungsrecht aus dem Schutzzweck des § 82 Abs. 2 Satz 2 BetrVG	262
d) Zwischenergebnis	263
3. Zwischenstand	263
II. Hinzuziehungsrecht gemäß § 84 Abs. 1 Satz 2 BetrVG	264
III. Zwischenergebnis	265
G. Recht auf Hinzuziehung eines Rechtsanwalts	265
I. Personenbezogener Charakter des Arbeitsverhältnisses spricht gegen Hinzuziehungsrecht	266
1. Urteil des LAG Hamm	266
2. Auswirkung der Rechtsprechung auf Mitarbeiterbefragungen	267
a) Geltung des § 613 Satz 1 BGB für die Hauptleistungspflicht	267
b) Geltung des § 613 Satz 1 BGB auch für Nebenpflichten	267
c) Geltung des § 613 Satz 1 BGB nur bei Teilnahmepflicht	268
d) Zwischenergebnis	269
II. Hinzuziehungsrecht entsprechend der StPO	270
III. Hinzuziehungsrecht bei Gefahr strafrechtlicher Selbstbelastung	270

1. Entscheidung des LAG Berlin-Brandenburg	271
a) Anhörungsverfahren und Mitarbeiterbefragung nicht vergleichbar	271
b) Unterschiede im Hinblick auf § 613 BGB	271
2. Entscheidung des ArbG Berlin	272
IV. Hinzuziehungsrecht bei Gefahr für das Arbeitsverhältnis	273
V. Hinzuziehungsrecht, wenn das Unternehmen Anwälte hinzuzieht	275
1. Zweiseitige Rechtsbeziehung, Waffen- und Chancengleichheit, situatives Ungleichgewicht	275
2. Vertretung	276
a) Vertretung durch internen Syndikusanwalt	276
b) Vertretung durch externe Rechtsanwälte	277
c) Zwischenergebnis	277
3. Hinzuziehung eines Rechtsanwalts	277
4. Zwischenergebnis	280
VI. Hinzuziehungsrecht aus Art. 6 EMRK	280
VII. Zwischenergebnis	281
H. Belehrung über mögliche Schweigerechte	281
I. Zwischenergebnis	283

§ 11 Datenschutzrechtliche Aspekte 285

A. Anwendbarkeit datenschutzrechtlicher Regelungen	287
I. Subsidiarität des BDSG	287
II. Anwendbarkeit des Beschäftigtendatenschutzes	288
1. Tatbestand des § 32 Abs. 2 BDSG	289
a) Personenbezogene Daten	289
b) Erheben	289
c) Verarbeiten	290
d) Zwischenergebnis	290
2. Kritische Stimmen zur Regelung des § 32 Abs. 2 BDSG	290
a) Übererfüllung der EU-Datenschutzrichtlinie	290
b) Systemwidrigkeit	292
c) Fehlendes Schutzbedürfnis	293
d) Stellungnahme	294
3. Reichweite des Anwendungsbereichs	294
a) Restriktive Auslegung	294

b) Extensive Auslegung	295
c) Stellungnahme	295
III. Zwischenergebnis	296
B. Befragungen aufgrund erteilter Einwilligung	296
I. Schriftform	297
II. Hinreichende Information	297
III. Freiwilligkeit	298
IV. Zwischenergebnis	299
C. Befragung verdächtiger Mitarbeiter (§ 32 Abs. 1 Satz 2 BDSG)	299
I. Datenerhebung bei einem verdächtigen Mitarbeiter	299
II. Zu dokumentierender konkreter Verdacht einer beschäftigungsbezogenen Straftat	300
III. Erforderlichkeit	302
IV. Verhältnismäßigkeit	302
V. Zwischenergebnis	303
D. Befragung nicht verdächtiger Mitarbeiter zur Aufklärung von Straftaten ihrer Kollegen (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG)	303
I. Grundsatz der Direkterhebung	304
II. Anzuwendender Erlaubnistatbestand	304
III. Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG	305
IV. Zwischenergebnis	305
E. Exkurs: Befragung zur Aufklärung von sonstigen Vertragsverletzungen (§ 32 Abs. 1 Satz 1 BDSG)	306
I. § 32 Abs. 1 Satz 1 BDSG	306
1. Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses	306
2. Erforderlichkeit	306
3. Verhältnismäßigkeit	307
a) Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten	307
b) Aufklärung anderer Vertragsverletzungen	307
II. Zweckbestimmung	307
III. Zwischenergebnis	308
F. Fragen aus Anlass der Straftataufklärung (§ 32 Abs. 1 Satz 1 BDSG)	308
I. § 32 Abs. 1 Satz 1 BDSG als Erlaubnistatbestand	308
1. Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses	308
2. Erforderlichkeit	309
3. Verhältnismäßigkeit	309

II. Anwendung des § 32 Abs. 1 Satz 1 BDSG bei möglicher Aufdeckung von Straftaten?	309
III. Zwischenergebnis	310
G. Interviewprotokolle und Ermittlungsberichte	310
H. Zwischenergebnis	310
§ 12 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Fazit	313
Literaturverzeichnis	341